

Offizieller Arbeitsbesuch des Bundesministers
des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland,
Herr Hans-Dietrich Genscher, in Bern, 29.4.1991

Liste der Aide-mémoires, die anlässlich des
Besuches kommentarlos abgegeben wurden

1. Abkommen zwischen der Schweiz und der BRD über
Aequivalenzen im Bereich des höheren Bildungswesens
2. Berufliche Vorsorge für Hochschullehrer aus der
BRD bei Berufungen in der Schweiz
3. Stärkung der Handlungsfähigkeit der Rheinzentral-
kommission
4. Verhandlungen zwischen der EG und den EFTA-Staaten
über ein Luftverkehrsabkommen
5. Frequenzkoordination Schweiz-BRD betreffend
den Sender Witthoh (Baden-Württemberg)
6. EFTA-Arbeitspapier über das geistige Eigentum
im EWR

überreicht anlässlich des Genscher-Besuches in
Bern, 29.4.91

MEMORANDUM

Abkommen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland über Aequivalenzen im Bereich des höheren Bildungswesen

1. Gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 18. September 1989 führt die Schweiz Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland über *Aequivalenzen im höheren Bildungswesen* (Anerkennung von Studienzeiten und Studienabschlüssen der Universitäten, (Fach-)Hochschulen und Höheren Lehranstalten).
2. Mit diesem Abkommen mit einem EG-Mitgliedstaat erhofft sich die Schweiz eine Verbesserung nicht nur des *bilateralen* Studentenaustausches, sondern auch eine grössere akademische Mobilität im *europäischen* Rahmen.
3. Die beiden Expertengremien haben sich im Herbst 1990 auf einen Abkommenstext geeinigt und ihn in die Vernehmlassung bei den betroffenen Institutionen und Organisationen gegeben. Das Ergebnis deutscherseits steht noch aus; schweizerischerseits besteht grundsätzlich Zustimmung zum Entwurf. Die Schweiz hofft, die deutsche Seite werde ebenfalls zustimmen, so dass die bereinigte Fassung des Abkommens noch in diesem Sommer unterzeichnet werden könnte.

überreicht anlässlich des Genscher-Besuches
in Bern, 29.4.91

MEMORANDUM

(vgl. Memorandum für das Treffen zwischen Herrn Bundesrat Felber und Herrn Aussenminister Genscher vom 9.-11. November 1988 in Bonn)

Berufliche Vorsorge für Hochschullehrer aus der Bundesrepublik Deutschland bei Berufungen in die Schweiz

1. Die Wünschbarkeit der **Mobilität** auf dem akademischen Arbeitsmarkt ist unbestritten; administrative Hindernisse bei der Besetzung von Lehrstühlen sind daher nach Möglichkeit zu beseitigen.
2. Es besteht ein **gegenseitiges Interesse** an der Förderung der akademischen Mobilität: Die deutschen Akademiker sind nach wie vor sehr daran interessiert, an Schweizer Universitäten berufen zu werden; diese ihrerseits sind für gewisse Studienfächer auf deutsche Dozenten angewiesen. Aber auch die Schweizer Akademiker wenden sich angesichts der beschränkten Anzahl hiesiger Lehrstühle gerne dem deutschen Hochschulstellenmarkt zu.
3. Aus schweizerischer Sicht ergeben sich bei Berufungen nach Deutschland keine besonderen Probleme.
4. Mit der Berufung von Professoren aus der Bundesrepublik an Schweizer Hochschulen stellt sich das **Problem der beruflichen Vorsorge**. Angesichts der Inkompatibilität der Systeme (Ruhegehalt in der Bundesrepublik Deutschland; Versicherungsprinzip in der Schweiz) erleiden einerseits die aus Deutschland berufenen Professoren spürbare Verluste auf ihrer späteren Rente, falls es ihnen nicht möglich ist, sich in die schweizerischen Vorsorgeeinrichtungen einzukaufen; andererseits sind die Kantone gezwungen, für die betreffenden Professoren immer höhere, politisch kaum mehr tragbare Einkaufssummen aufzuwenden.
5. In den vergangenen Jahren fanden wiederholt Kontakte auf Verwaltungsebene statt, die es ermöglichten, das Problem zu definieren und Lösungswege aufzuzeigen.
6. Als eine der möglichen, wirkungsvollen Lösungen betrachtet die Schweizer Seite die Auszahlung der Nachversicherungsbeiträge durch den bisherigen deutschen Dienstherrn: entweder an die schweizerische Pensionskasse (statt an die deutsche Rentenversicherung) oder unmittelbar an den überwechselnden Hochschullehrer (für seinen Einkauf in eine schweizerische Pensionskasse). Aufgrund des Rentenreformgesetzes scheint es bereits Ansätze für die skizzierte Lösung zu geben.
7. Eine im Rahmen des bestehenden (deutschen) Rechts angestrebte Lösung konnte aber bisher leider nicht verwirklicht werden. Allenfalls könnte durch eine politisch motivierte Neuinterpretation der bestehenden Möglichkeiten ein Weg gefunden werden, um dieses Hindernis bei der Freizügigkeit des Personenverkehrs im europäischen Rahmen zu beseitigen.

Kommentarlos abgegeben anlässlich des Genscher-Besuches
in Bern, 29.4.91

Memorandum

Die internationale Rheinschifffahrt steht vor bedeutsamen Herausforderungen. Die rasch fortschreitende europäische Integration sowie die gesamteuropäischen Veränderungen lassen die Frage aufkommen, ob das internationale Rheinrégime, wie es in der Revidierten Mannheimer Akte von 1868 festgelegt ist, noch der heutigen Zeit entspricht. Die Herausforderungen liegen nach schweizerischer Auffassung auf drei Ebenen:

- Verhältnis zwischen der Mannheimer Akte und dem EWG-Vertrag bzw. zwischen dem internationalen Rheinstatut und der EG-Verkehrspolitik
- Verhältnis zwischen dem internationalen Rheinstatut und dem Europäischen Wirtschaftsraum, über den die EG und die EFTA-Staaten zurzeit Verhandlungen führen
- Stellung der Rheinschifffahrt innerhalb des entstehenden gesamteuropäischen Systems von Binnenwasserstrassen, unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zur Donaukommission sowie der bevorstehenden Eröffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals.

Unter diesen Umständen hält es die Schweiz für wichtig, dass die Handlungsfähigkeit der Rheinzentralkommission entscheidend gestärkt wird. Dies setzt die vorbehaltlose Bereitschaft aller Vertragsparteien voraus, sämtliche anstehenden Fragen gründlich zu diskutieren, neue Lösungen zu prüfen und im Entscheidungsverfahren das Konsensprinzip nicht zu strapazieren. Auch sollten die Delegationen in der Rheinzentralkommission so zusammengesetzt werden, dass sie auf angemessenem Niveau diese für die Zukunft der europäischen Binnenschifffahrt wichtigen Fragen zielstrebig behandeln können.

kommentarlos abgegeben anlässlich des Genscher-Besuches
Bern, 29.4.91

AIDE-MEMOIRE

Mitte Januar 1990 empfahl die EG Kommission dem Ministerrat, Verhandlungen mit den sechs Mitgliedstaaten der EFTA über ein Luftverkehrsabkommen in Angriff zu nehmen. Zum grossen Bedauern der Schweiz und der übrigen betroffenen Staaten hat der Ministerrat jedoch am 18. Juni 1990 beschlossen, dass die Verhandlungen in einer ersten Phase nur mit Norwegen und Schweden geführt werden. Dieser Entscheid stellt umso mehr eine Enttäuschung dar, als die EG darauf bestanden hat, dass die EFTA-Staaten als eine Einheit zu betrachten sind und sich bei den Verhandlungen über die Bildung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) mit einer einzigen Stimme ausdrücken. Im übrigen zeigt die Entwicklung der Luftfahrt in Europa immer klarer, dass es notwendig ist, für die Gesamtheit des betroffenen Gebietes echte harmonisierte Lösungen zu finden.

Die Verhandlungen zwischen der EG einerseits und Norwegen sowie Schweden andererseits haben im Juli 1990 begonnen. Am 20. März 1991 wurde das entsprechende Abkommen unterzeichnet. Diese Entwicklung birgt die ernstzunehmende Gefahr in sich, dass es in Westeuropa zu einer Zerstückelung des für die gewerbsmässige Luftfahrt massgebenden Regimes kommt.

Aus Anlass des heutigen Treffens zwischen den Aussenministern der Schweiz und Deutschlands möchte die Schweiz ihren Wunsch erneuern, dass die Verhandlungen mit allen Mitgliedstaaten der EFTA bald aufgenommen werden. Die Schweiz wäre der deutschen Bundesregierung dankbar, wenn sie sich innerhalb der EG dafür verwenden würde, ihren Einfluss geltend zu machen, damit der Ministerrat seinen Entscheid zur Verwirklichung einer einheitlichen Ordnung in 18 westeuropäischen Staaten möglichst rasch trifft.

kommentarlos abgegeben anlässlich des Genscher-Besuches, 29. April 1991

Memorandum

In Anwendung des Genfer UKW-Frequenzplanes von 1984 sind zwischen der Schweiz und Deutschland eine Vielzahl von Frequenzen koordiniert worden, darunter solche für den Senderstandort Witthoh im Bundesland Baden-Württemberg.

Für die Nutzung von Frequenzen, die mit grosser Leistung betrieben werden können, standen damals die öffentlich-rechtlichen Veranstalter im Vordergrund.

Obwohl Frequenzen und nicht Programme koordiniert werden, gingen die Fernmeldebehörden davon aus, dass auch der Sender Witthoh (40 kW) von einem öffentlich-rechtlichen Veranstalter, z.B. dem SWF, genutzt würde.

Aus diesem Grund haben die Schweizer Behörden gegen die Mitversorgung von grossen Teilen der Schweiz durch den genannten Sender keine Einwände vorgebracht.

Eine der für Witthoh koordinierten Frequenzen ist allerdings inzwischen durch die Landesmedienanstalt Baden-Württemberg einem privaten deutschen Veranstalter, Radio 7, zugeteilt worden.

Radio 7 nutzt die grosse Ueberreichweite Richtung Schweiz gezielt aus, um sich als "grössten Privatsender der Schweiz" bezeichnen zu können. Tatsächlich kann Radio 7 in der gesamten Nordostschweiz bis Zürich gehört werden.

Dieser Veranstalter deckt damit ein viel grösseres Empfangsgebiet ab, als die privaten Schweizer Lokalradios, von denen in der fraglichen Region nicht weniger als 9 tätig sind.

Der Verkauf von Werbung durch Radio 7 in der Schweiz führt zu Wettbewerbsverzerrungen und beeinträchtigt die Medienlandschaft im Nordosten der Schweiz.

Die positiven Aspekte eines grösseren Angebotes an Radioprogrammen sind grundsätzlich unbestritten. Dies darf indessen nicht dazu führen, dass die Existenz der einheimischen Veranstalter in Frage gestellt wird, die einen Leistungsauftrag im Sinne der Informationsvermittlung und der Kulturförderung zu erfüllen haben.

Es versteht sich, dass die Schweizer Behörden in Kenntnis der heutigen Situation der Koordination des betreffenden Senders nicht mehr zustimmen könnten.

Wir würden es deshalb im Sinne der traditionellen gutnachbarlichen Beziehungen begrüssen, wenn in bilateralen Gesprächen nach Lösungen gesucht würde, die den grundlegenden medienpolitischen Anliegen der Schweiz Rechnung tragen.

abgegeben anlässlich des Genscher-Besuches, 29.4.1991

AIDE-MEMOIRE

Im Rahmen der Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und der EG-Kommission betreffend die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes hat die EFTA der Kommission ein Arbeitspapier über die Ausgestaltung des geistigen Eigentums im zukünftigen EWR unterbreitet. Von speziellem Interesse sind darin die in diesem Bereich für die EFTA-Länder wichtigen Schutzklauseln.

Die Schweiz wäre der Bundesrepublik Deutschland dankbar um wohlwollende Kenntnisnahme und Unterstützung in den zuständigen Gremien.

Beilage: EFTA-Arbeitspapier vom 18. März 1991

CONFIDENTIAL

EFTA-EC NG I

Working Document EFTA/NG I 21/90
1 Annex
18 March 1991DRAFT PROVISIONS ON INTELLECTUAL PROPERTY

1. At the joint meeting of February 26, 1991 the EFTA Group of Experts introduced draft proposals on intellectual property for a future EEA Agreement. They do not yet address matters typically of a horizontal nature, in particular internal consultation and procedures. The proposals, contained in the Annex, rely upon following considerations:

2. EFTA Countries consider that entitlement to full participation in future systems of Community-wide protection of intellectual property rights constitutes an essential element with a view to simplify and achieve effective and uniform protection of IPRs throughout an EEA. It would, however, be premature, at this stage, to consider obligations to adhere to such systems for all EFTA Countries due to somewhat varying structures.

- As to the participation of EFTA Countries in the Community Patent Agreement (CPA), it would be difficult to include a legal obligation to adhere to it by means of the EEA-Treaty. Some EFTA Countries (as well as Ireland and Portugal on the EEC side) are not yet members of the European Patent Convention (EPC) on which the CPC is based. However, all EFTA Countries are willing to make efforts in order to comply with the substantive law of the EPC in order to avoid trade distortions.

- EFTA Countries consider it necessary to address the possibility of full participation in the Trademark Regulation (presently in the pipeline acquis) as an important element of the Agreement. Given the complex institutional aspects of this European "agency", mere integration into the acquis at a later stage does not necessarily ensure full participation of interested countries in the system as soon as the regulation has been adopted. Adequate assurances in the EEA treaty could considerably facilitate the completion of uniform EEA-wide trade mark protection in coming years.

 - Similar considerations apply to the treatment of future Community systems, in particular on plant varieties, but also potential schemes in the field of copyright or design protection.
3. Since it seems unlikely that EFTA Countries will be granted full participation in decision-making with regard to third-country relations of the European Community, EFTA Countries need to preserve full autonomy in respect to their relations to third countries. For such reasons, the draft proposal suggests to exclude the application of Art. 3 (6) to (8) of the Council Directive 87/54 EEC on the legal protection of topographies of semiconductor products. Similarly, the inclusion of respective Council Decisions based up on these provisions are submitted not to form part of the acquis. It is understood, of course, that autonomous decisions by EFTA Countries would be taken after full consultations held with the EEC.
4. The aspects of third-country relations also play an important role in the question of common activities under international agreements. EFTA believes that in most cases an exchange of information, subject to consultations upon

request, should provide an adequate framework. Such consultations may also be held with respect to bilateral third-country relations. More developed forms of co-operation should take place on matters which are jointly administered within the EEA (i.e. systems of Community-wide protection to which EFTA Countries participate in internal decision-making).

5. EFTA Countries believe that the EEA Treaty should contribute to achieve equal treatment of EEA operators on foreign markets. To that effect, a non-discrimination clause is proposed which would prevent Contracting Parties from concluding agreements with third countries granting special rights exclusively to their nationals.

6. Both the EEC and EFTA agree that the introduction of EEA-wide exhaustion of intellectual property rights is a necessary condition in order to realize the free movement of goods throughout the EEA. Nevertheless, it should be kept in mind that the EEA neither is supposed nor qualified to achieve a level of integration comparable to that of the EEC. Within the EEA, there will remain divergent conditions of competition due to State measures (e.g. price supports, assistance to research and development) which might lead to significant price differences and unfair competition beyond effective influence and remedies on the part of the importing Contracting Party. In cases of significant competitive advantages, EFTA Countries submit that the EEA should contain a modification of the EEA-wide exhaustion at least in the patent field. The provision proposed adequately reflects the very nature of the EEA treaty.

7. The introduction of EEA-wide exhaustion requires structural adjustments and adaptation of existing licencing policies. For such reasons, EFTA Countries would need transitional periods in this field which may also be beneficial for EEC operators.

8. The proposal on exclusion of compulsory licences on grounds of non-working of a patent is based on positions held both by EEC and EFTA Countries in the GATT/TRIPS negotiations. The more so this common position should apply in an EEA context. Regional exhaustion will guarantee the free flow of goods between Contracting Parties. The possibility to import freely on a best offer basis preempts the rationale for having compulsory licencing without clearly defined limitations. It should be restricted to exceptional cases where importation cannot satisfy the needs of the market on reasonable commercial terms.

9. The provisions on the technical integration of the acquis (trademark and semiconductor directives) is based upon the reference technique. It does not seem to offer any particular problem.

- - - - -

Annex to
Working Document EFTA/NG I 21/91
18 March 1991

EFTA GROUP OF EXPERTS ON INTELLECTUAL PROPERTY
INFORMAL DRAFT ANNEX ON INTELLECTUAL PROPERTY

I EEA wide protection of intellectual property

1. With a view to facilitate effective protection of intellectual property rights within the European Economic Area, the Contracting Parties agree on the following measures:
 - a) the EFTA countries and Member States of the Community shall undertake to comply in their law with the substantive provisions of the European Patent Convention of 5 October 1973 by (time);
 - b) the EFTA countries shall be entitled by this Agreement, after having adhered to the European Patent Convention, to adhere to the Agreement relating to Community Patents;
 - c) as soon as the Council Regulation on the Community trade mark has been adopted, the Contracting Parties shall take measures for enabling full participation of interested EFTA countries in the system to be established by the Regulation.
 - d) future arrangements of harmonization, administration and protection of intellectual

- 2 -

property rights, including protection of plant varieties, shall be established and further developed in full co-operation of Contracting Parties.

II Mutual information and consultation on activities under international agreements

2. Contracting Parties shall exchange information on matters concerning intellectual property under discussion within international organizations and under multilateral agreements.
3. Upon request of a Contracting Party, Contracting Parties shall promptly hold consultations concerning activities in international organizations and under international agreements as well as relations of Contracting Parties and their Member States to third countries on matters concerning intellectual property.
4. Contracting Parties shall endeavour to co-operate in international organizations and under international agreements on matters which are jointly administered within the European Economic Area.
5. Contracting Parties shall agree upon appropriate modalities for the exchange of information, consultation and co-operation within a competent body.

III Third country relations

6. Contracting Parties shall not, in the field of intellectual property, grant treatment less favourable to nationals of each other than accorded to nationals of any other country.

IV Transitional periods and exceptions

7. Obligations of Contracting Parties to adjust national law concerning intellectual property in order to comply with [Articles 30 to 36 EEC] shall not take effect with respect to protection of patent rights before 1.1.1996.
8. Notwithstanding [provisions corresponding to Articles 30 and 36 of the EEC Treaty], the holder or the beneficiary of a patent may prevent the import and marketing of a product protected by the patent to the extent that such product enjoys significant competitive advantages due to governmental measures adopted by the country of production or exportation, such as subsidization of research and development, price support or price controls, or any other form of government assistance.

V Compulsory licensing

9. Contracting Parties shall not grant compulsory licenses to private subjects or for government use, on the grounds of non-working of a patent, for the production and marketing of a product protected by the patent which has been put on the market of a Contracting Party provided that importation of such product satisfies the needs of the market on reasonable commercial terms.

VI Acquis communautaire

10. The Contracting Parties shall comply with the EC acts listed below, as amended for the purpose of this Agreement.

11. For the purposes of this Annex, references to Member States shall be understood as comprising also Member States of EFTA.

First Council Directive 89/104/EEC of 21 December 1988 to approximate the laws of the Member States relating to trade marks (OJ No L 40, 11.2.1989, p.1)

12. Article 4(2)(a)(i), (2)(b) and (3) shall not apply to Contracting Parties in whose territories the Community Trade Mark Regulation does not apply.
13. In Article 7(1), the term "Community" shall be replaced by the term "European Economic Area".
14. Article 14 shall not apply to Contracting Parties in whose territories the Community Trade Mark Regulation does not apply.

Council Directive 87/54/EEC of 16 December 1986 on the legal protection of topographies of semiconductor products (OJ No L 24, 27.1.1987, p.36)

15. In Article 1(1)(c), reference to Article 223(1)(b) of the Treaty shall be replaced by reference to Article () of the Agreement.
16. Article 1(2) shall be replaced by [the rules on decision-making].
17. In Article 3(4)(b), the term "Community" shall be replaced by the term "European Economic Area".
18. Article 3(6) to (8) shall not apply.
19. In Article 10(3), the sentence "but no later than the date set out in Article 11(1)" shall not apply.